Nr. 36
A 19
Morgen-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 22. Januar 1927
V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3699. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Frankreichs Arbeitslosigkeit wächst

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

lst **Paris**, 21. Januar

Nach der amtlichen Statistik beträgt die Zahl der unterstützten Arbeitslosen am 20. Januar 38 374 Mann. Diese Zahl, die weder die Ausländer noch die Kurzarbeiter umfaßt, hat sich gegenüber der Vorwoche um rund 10 000 erhöht. In Paris selbst wurden 18 754 Arbeitslose (in der Vorwoche 14 041) gezählt.

Die Vereinigten Gewerkschaften der Arbeitnehmer aus der Metall-, Holz-, Leder- und Bauindustrie, aus dem Hotelbetriebs- und Gastwirtsgewerbe halten heute mittag sechs große Protestversammlungen ab. Vor allem verlangen sie eine Erleichterung des bürokratischen Verfahrens bei der Eintragung in die Unterstützungsliste und Erhöhung der Unterstützungssätze für einen arbeitslosen Familienvater von 4,50 auf 25 Franken. Außerdem sollen den Arbeitslosen die großstädtischen Verkehrsmittel kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Die Gewerkschaften sind allgemein der Ansicht, daß sich die Krise in der letzten Zeit wesentlich verschlimmert hat. Die Gewerkschaftsarbeitsnachweise hatten in der letzten Zeit nur durchschnittlich einen Platz für 50 Arbeitsuchende anzubieten.

Die sozialistischen Gewerkschaften der C. G. T. erfuhren unmittelbar des Beginns der Interpellationsdebatte über die Arbeitslosigkeit in der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer einen Aufruf, worin sie vor allem eine Erhöhung der Unterstützungssätze fordern. Selbst die Höchstsätze von 5 bis 7 Franken seien nur ein Almosen und entsprächen lange nicht der allgemeinen Teuerung. Der Staat müsse unbedingt seinen Anteil an der Arbeitslosenunterstützung, der heute nur ein Drittel beträgt, wesentlich erhöhen.

Eine schwere Frage sei die der Beschäftigung der zwei Millionen ausländischer Arbeitskräfte, die man natürlich nicht ohne weiteres jetzt ausweisen dürfe. Man müsse sie aber so beschäftigen, daß sie den französischen Arbeitern keinen Schaden machten. Endlich wird von der Regierung die Durchführung eines großzügigen Notstandsprogramms gefordert, das vor allem im Häuserbau zu bestehen habe.

Krisendebatte in der Kammer

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Paris**, 21. Januar

In der Kammer begann heute die Interpellationsdebatte über die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit. Sie begann mit einer Rede des Radikal-Sozialisten Borell, der in der Hauptsache nachzuweisen suchte, daß die Revalorisation des Franken nur ein unbedeutendes Sinken der Preise nach sich gezogen habe. Er möchte gern wissen, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke. So könnte z. B. ein großzügiges Programm zum Neubau von Wohnungen in Angriff genommen werden. **Wirkliche Abhilfe könnte aber nur durch eine Stabilisierung der Währung geschaffen werden.**

Hier unterbrach Poincaré den Redner mit dem eigenartigen Hinweis, daß an der gegenwärtigen Teuerung nicht die von ihm vorgenommene Revalorisation, sondern der Sturz des Franken in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres schuld sei. Diese Bemerkung rief eine lebhafte Bewegung hervor.

Der Sozialist Vincent Auriol ruft: „Man könnte mit demselben Recht sagen, daß **wir 1926 die Folgen der ersten sechs Monate des Jahres 1924** getragen haben."

Poincaré: „Ich bestreite es nicht." (Bewegung).

Der Kommunist Cachin bestritt die Richtigkeit der offiziellen Statistiken über die Arbeitslosenzahlen. In Wirklichkeit sei ihre Zahl viel größer.

Der Linksradikale Peyroux erklärte, es sei lächerlich, von einer Inangriffnahme großer Wirtschaftsarbeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit zu sprechen. Man müsse zuerst einmal wissen, woher man die dazu notwendigen Gelder nehmen solle. Auch er sieht eine wirksame Abhilfe nur in der Stabilisierung der Währung.

*

Die elsässischen Deputierten Frey und Oberkirch, Mitglieder der Kammerkommission des Auswärtigen, haben an Briand einen Brief gerichtet, in dem sie ihn ersuchen, nochmals vor der Kommission zu erscheinen, um eine nähere Erklärung speziell über Elsaß-Fragen abzugeben.

Marx wird heute beauftragt

Mit der Bildung eines Rechtskabinetts / Das Manifest des Zentrums
Der „Zugang zu Verhandlungen eröffnet" / Beginn am Montag

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat gestern den ihr vorgelegten Entwurf eines Manifestes genehmigt und festgestellt, „daß damit Herrn Dr. Marx der Zugang zu Verhandlungen" über eine Kabinettsbildung, wie sie in dem Schreiben des Reichspräsidenten gewünscht wird, eröffnet ist. Dr. Marx wird heute dem Reichspräsidenten mitteilen, daß er bereit sei, den Auftrag zur Kabinettsbildung zu übernehmen. Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen dürften am Montag beginnen.

Die deutsche Republik

Das Zentrums-Manifest, das sich „an Alle" richtet, besteht aus zwei Teilen: einem allgemeinen, politischen und einem sozialpolitischen Programm. Es lautet:

„In wachsendem Befremden sind weite Kreise des deutschen Volkes der politischen und parlamentarischen Entwicklung der letzten Wochen gefolgt. Die öffentliche Meinung im Lande vermag in dem Zank und Streit der Parteien keinen Sinn mehr zu erkennen. Sie will in dem politischen Wirrwarr unserer Tage klaren Weg und zuversichtliche Führung sehen. Beides ist nur zu gewinnen, wenn wir unserem politischen Tun Richtung auf ein hohes Ziel geben und das politisch Notwendige entschlossen aussprechen.

Die Zentrumspartei hat seit den Tagen des Zusammenbruchs ihre politische Sendung wohl erkannt und ist ihr in den schweren, verantwortungsvollen Jahren stets treu geblieben. Ihre ganze Arbeit war Rettungsarbeit am deutschen Volk und Aufbauarbeit am deutschen Staat. **Die Fundamente unseres neuen deutschen Staates sind in Weimar gelegt worden. Im Weimarer Verfassungswerk ist jener neue politische Wille durchgebrochen, der nach außen hin die nationale Geltung auf dem Wege der Verständigung mit den anderen Nationen** und nach innen die Erziehung eines vertieften Volksbewußtseins durch eine umfassende soziale Erneuerung unseres nationalen Lebens erstrebt. **Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit als die der deutschen Republik mit ihren Symbolen.** Sie hat dem deutschen Volke seine Einheit in verzweifelten Tagen gerettet. **Auch für die fernere Zukunft ist sie der allein hoffnungsvolle Weg.** — Die deutsche Zentrumspartei hat diese Verfassung mit geschaffen. Wir stehen zu ihr, indem wir ihren Sinn hüten, entfalten und pflegen, und uns beständig bemühen, diese Verfassung in organischer Verbindung mit dem Volksganzen und seinen lebendigen Kräften zu halten. Die **deutsche Republik** soll uns nach außen hin freimachen und nach innen die Kräfte auslösen, die den deutschen Staat zum echten Volksstaat machen. Aus dem Wurzelboden unseres deutschen Volksgeistes müssen die Kräfte der Wissenschaft, der Kunst, der Volkserziehung, der Familie und der übrigen Gemeinschaften aufsteigen und einströmen in die höhere Einheit des Staates, in dem sich der Dienst an unserem Volke vollzieht. Der Geist deutschen Volkstums aber muß sich immer wieder erneuern aus dem christlichen Glauben. Auf ihm muß sich die sittliche Entwicklung unseres Volkes, insbesondere die Erziehung unserer Jugend aufbauen. Bei der Gestaltung des Schulwesens sind die Gewissensfreiheit und das Elternrecht zu wahren.

Die Reichswehr

Als Machtinstrument unseres Staates ist uns nur die Reichswehr verblieben. Sie ist eine Staatsnotwendigkeit. Sie ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Es gibt keine politische Hoheit des Staates ohne Macht. Daraus erwächst dem deutschen Volksheer seine innere Begründung und seine Aufgabe. Heute gilt es gewisse Besürchtungen wegzuräumen, als ob die Reichswehr nur bestimmten politischen Gruppen dienstbar wäre. Unsere Reichswehr darf weder einer Partei noch einer Klasse, noch irgendwelchen sonstigen Machtgruppen dienen. Sie gehört dem in der deutschen Republik geeinten Volk. Die Rekrutierungsfrage muß in einer Form gelöst werden, die den wahrhaft verfassungstreuen Söhnen unseres Volkes Zugang zu diesem Waffendienst ermöglicht.

Gewaltig und tiefgreifend sind die sozialen Umschichtungen in unserem Volke seit dem Weltkrieg gewesen. Sie haben die Zahl der selbständigen und besitzlosen Massen in unserem Volke vermehrt und die Notwendigkeit, auf dem inneren Zusammenhalt in unserem Volke bedacht zu sein, erst recht fühlbar gemacht. Die deutsche Zukunft erfordert, daß West und Ost, Süd und Nord, Stadt und Land, Unternehmer und Arbeiter sich in gemeinsamem Werk wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entfaltung besser verstehen und in gegenseitiger Achtung würdigere Formen des Austrags von Interessengegensätzen finden. Es stehen große Gesetzesvorlagen vor uns, die das Gesamtwerk der deutschen Sozialpolitik fortführen und vollenden sollen. Unsere staatliche Sozialpolitik muß sich zur sozialen Staatspolitik ausweiten. Aber nicht Gesetze allein, sondern wahrhaft soziale Neuerungen im Geiste und im Willen tut not, wenn die bedrückten und verzweifelten Massen neue Hoffnung und neues Vertrauen gewinnen sollen.

Außenpolitik

Alle Aufbauarbeit im Innern und alle soziale Reformarbeit wird nur dann Erfolg haben können, wenn es gelingt, das deutsche Volk als Ganzes wieder in eine europäische zwischenstaatliche Rechtsordnung einzufügen. Auch die Außenpolitik und die Beziehungen Deutschlands zu den Völkern der Welt muß, wie wir das immer erstrebt haben, in einem neuen Geiste der Vertragstreue, des Verständigungswillens, der loyalen Mitarbeit in den Einrichtungen der Völkersolidarität sich vollziehen. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes und nun haben wir unsere Politik so einzurichten, daß sie der Gemeinschaft der Nationen angemessen ist. In der Einordnung in die gegebene Solidarität der Völker darf und soll das Wesen unserer eigenen Nation nicht verdunkelt werden. Unser Sehnen geht nach Freiheit und selbständiger Schicksalsgestaltung. Kein gesittetes Volk kann ohne gesicherte Grenzen leben, kann es ertragen, daß sein Gebiet von fremder Macht besetzt bleibt. Jede deutsche Politik wird deshalb in zähter Ausdauer mit den Methoden der neuen Politik und ohne nationale Lebensinteressen zu verletzen, auf eine möglichst baldige endgültige Räumung des Rheinlandes hinarbeiten müssen.

Deutschland ist in London und Genf internationale Verpflichtungen eingegangen. Wir stehen zu diesen Verpflichtungen und sehen in der Rechtsgültigkeit der Verträge von Locarno die wesentliche Voraussetzung jeder Erfolg verheißenden Außenpolitik. Früchte dieser Politik, die wir in langen, schicksalsschweren Jahren stetig vertreten haben, sind herangereift. Niemand, der ernsthaft zur Verantwortung schreiten will, darf diese unsere politischen Grundlinien übersehen und versäumen, sie anzuerkennen. Die nächste Aufgabe einer weiteren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die wird uns besonders angelegen sein lassen, kann nur gelingen, wenn beide Teile jederzeit im Geiste europäischer Solidarität arbeiten und den bloßen Machtgedanken zurückstellen. Wir erneuern dieses Bekenntnis zu einer friedlichen Entwicklung gerade jetzt, wo Befürchtungen, die unberechtigterweise aufkommen, zurückgedrängt werden müssen.

In diesem geistigen Rahmen sieht die Zentrumspartei die zeitnotwendige, nationale und soziale Politik. Sie ist von dem Wunsche beseelt, möglichst rasch die Kräfte zu einer Regierung zu sammeln, welche die bestmöglichen Bürgschaften zu einer Festigung des inneren Zusammenhaltens unseres Volkes im staatspolitischen und gesellschaftlichen Sinne in sich schließt.

Sozialpolitik

Im Anschluß an diese Kundgebung veröffentlicht das Zentrum ein Sozialpolitisches Programm, dem wir entnehmen:

Die Erhaltung einer möglichst großen Anzahl leistungsfähiger Eigenbetriebe im Handwerk, Handel und Gewerbe halten wir für eine volkswirtschaftliche, soziale und staatsbürgerliche Notwendigkeit. Diesem Ziele streben wir nicht nur durch eine mittelstandsfreundliche Gewerbegesetzgebung zu. Im Rahmen unserer allgemeinen, dauernden Bestrebungen nach einer gerechten Verteilung und Senkung der öffentlichen Abgaben werden wir auf eine **Entlastung der wirtschaftlich Schwachen** in allen Ständen drängen.

Als eine zurzeit besonders wichtige wirtschaftliche Aufgabe erachtet die Zentrumspartei die schrittweise Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft. Sie kann und will dieses Ziel aber nur **verwirklichen, indem gleichzeitig der Wohnungsbau gesteigert, jede-**

0249